

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 7. Ratssitzung vom 25. Juni 2014

**203. 2014/111**  
**Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Samuel Dubno (GLP) vom 02.04.2014:**  
**Reduktion der Anzahl Videokameras zur Vandalismusprävention an Schulgebäuden**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4876/2014): Zurzeit werden rund 20 Schulhäuser mit etwa 600 Videokameras überwacht. Dies generiert Kosten von rund einer Million Franken. Zusätzlich werden allein in diesem Jahr nochmal 200 Kameras installiert. Angeführt wird als Grund, dass die millionenschwere Investition sich als effektives Mittel gegen Vandalismusschäden bewährt hat, die auch hohe Kosten verursachen. Wir möchten das Vandalismusproblem nicht wegdiskutieren, sind aber der Überzeugung, dass Videoüberwachung nach wie vor sensible Fragen zur persönlichen Freiheit aufwirft. Sollen Schulhäuser den Glanz von Hochsicherheitstrakten ausstrahlen? Damit suggerieren wir vielleicht auch eine falsche Sicherheit auf dem Schulhof. Videoüberwachung soll nur dann zum Einsatz kommen, wenn sie die einzige zweckdienliche Lösung ist. Die Anzahl Kameras soll auf ein Minimum reduziert werden.*

***Mario Mariani (CVP)** begründet den von Markus Hungerbühler (CVP) namens der CVP-Fraktion am 14. Mai 2014 gestellten Textänderungsantrag: Wir sind auch der Meinung, dass die Videoüberwachung dort eingesetzt werden soll, wo sie wirklich benötigt wird. Wir fordern deshalb nur eine kleine Textänderung.*

Weitere Wortmeldungen:

***Thomas Schwendener (SVP):** Auch im Hinblick auf die damit einzusparenden Mittel, sind wir vom Postulat überzeugt. Einen Videoeinsatz darf man nicht generell absegnen.*

***Michael Baumer (FDP):** Mit einer flächendeckenden Videoüberwachung würden nur die Symptome bekämpft. Löst man die Ursachen nicht, ist auch der Nutzen beschränkt.*

***Marcel Bührig (Grüne):** Für besonders neuralgische Punkte benötigt man Sicherheitsüberwachung. Aber 40 Kameras an einem Schulhaus und 800 in der Stadt erachten wir als massiv übertrieben.*

***Markus Knauss (Grüne):** Die Entwicklung ist nicht positiv. Deshalb ist es notwendig, sich nochmal Gedanken zu dem Thema zu machen. Wir unterstützen den Postulatstext deshalb in der Originalfassung.*



2 / 2

**Peter Küng (SP):** *Wir machen auch nur beim Original mit und nicht beim Textänderungsantrag. Wichtiger als die Anzahl der Kameras ist die Frage, wie diese effektiv genutzt werden. Des Weiteren mache ich mir über die Überwachung im öffentlichen Raum durch private Firmen Sorgen.*

**Samuel Dubno (GLP):** *Wir lehnen die Textänderung der CVP ab. Wir hoffen aber, dass sie sich trotzdem der Mehrheit des Rats anschliesst.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Es gibt Orte, wo Videoüberwachung nötig ist. Aber der Stadtrat sollte nicht vorsorglich Kameras installieren, sondern dies mit grösster Sorgfalt*

*anschauen. Auch muss klar geregelt sein, wie und wie lange die Bilder aufgezeichnet werden und wer darauf Zugriff hat.*

Samuel Dubno (GLP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** *Die Videoüberwachung in Schulhäusern unterliegt einem Reglement und erfolgt nicht willkürlich. Bei allen Anlagen halten wir das entsprechende Reglement ein, welches in enger Zusammenarbeit mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten entstand und von diesem Parlament genehmigt worden ist. Überwacht wird nicht der öffentliche Raum, sondern es sind dies die Schulhausfassaden. Diese Überwachung kommt nur bei konkretem Verdacht zum Zug. Das Ziel ist nicht, Anlagen flächendeckend über die ganze Stadt einzusetzen.*

Das Postulat wird mit 109 gegen 0 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat